

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

**Abonnementspreis** im Monat einschließlich Bringerlohn 1 Mark, bei Selbstabholung 90 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage Neue Welt einschließlich Bringerlohn 1.10 Mk., bei Selbstabholung 1 Mk. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 3 Mk., für 1 Monat 1 Mk. (Bestellgeld vierteljährlich 42 Pfg., monatlich 14 Pfg.).

**Redaktion:**  
Leipzig, Tauchaer Straße 19/21.  
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig.  
Fernsprecher: 13603.

**Inserate** kosten die 7gespaltene Zeilzeile oder deren Raum 30 Pfg., bei Plagvorschrift 35 Pfg. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Preis für das Belegen von Prospekten ist bei der Gesamtauflage 4.— Mk. jedes Tausend, bei Teilaufgabe 5.— Mk. — Schluss der Annahme von Inseraten für die fällige Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 19/21, Fernsprecher: 4506 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

## Besprechungen in Wien und Berlin.

### Die neuesten Meldungen.

#### Geheime diplomatische Akten in Bukarest.

Berlin, 14. Mai. Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung schreibt: Wie aus Bukarest gemeldet wird, haben dort die deutschen Behörden einen ganzen Stoh geheimer diplomatischer Akten gefunden, die einen interessanten Einblick geben in das Treiben gewisser rumänischer Vertreter im Auslande, die mittels tendenziöser, oft geradzugelichter Nachrichten, die sie von der Entente-Diplomatie bezogen, alles aufboten, um Rumänien in den Krieg der Mittelmächte zu heben. Einer der eifrigsten in dieser Richtung, der frühere Gesandte in Sofia, Demissil, hat sich in seiner Berichterstattung häufig so sehr mit den handgreiflichen Tatsachen in Widerspruch gesetzt, daß sie ganz wie bestellte Arbeit ansieht.

#### Die Lebensmittelfrage in England.

Bern, 13. Mai. (W. T. S.) Die Lebensmittelfrage und der Landwirtschafskrieg bildeten die Hauptgegenstände der Debatten in beiden Häusern des englischen Parlaments am 8. Mai.

Am 10. Mai sprach der Lord-Baconmaster an der Regierung, daß ihre Äußerungen darüber, ob das Land durchzuhalten vermöge, ebenso widerspruchsvoll seien wie ihre Lebensmittelverordnungen. Lord Bessford erklärte die Lage der Schiffahrt als sehr ernst und betonte, daß die Landwirschaft aus verschiedenen Gründen noch gefährlicher werden würde. Der Nahrungsmittelkontrollenr, Lord Devonport, sagte, die Regierung treffe Maßnahmen, die verfügbare Tonnage für unabwendbar notwendige Güter vorzubehalten. Sofern die Verordnungen durch Landwirschaft ein annehmbares Wirtschaftlichkeitsmaximum nicht übersteigen würden, werde man hinsichtlich des Brotgetreides mit den allmählich besiegenden Meeresvögel bis zur nächsten Ernte durchhalten. Eine Preisbremse sei, wenn sich der Verbrauch in vernünftigen Grenzen halte, schwerlich zu befürchten. Ueber die Frage, ob die Einführung der Zwangsrationierung beschleunigt sei, verneinte er, sich offen auszusprechen. Lord Milner erklärte im Namen des Kriegskabinetts, die Regierung werde zur Zwangsrationierung nur schreiten, wenn eine unabwendbare Notwendigkeit vorliege.

Im Unterhause erklärte Bathurst, die Statistiken der Väder wiesen im April eine vierprozentige Abnahme des Brotverkaufs gegenüber März auf. Diese Tatsache sei aber nicht ausreichend, um von einer Zwangsrationierung abzusehen.

#### Die Wirtschaftskrise in Frankreich.

Bern, 12. Mai. (W. T. S.) Am Journal schreibt Senator Sumbert: Man müsse offen sagen, daß die Wirtschaftskrise in Frankreich erst anfangs und sich schnell erweiter gestalten werde. Man stehe am Vorabend einer Krise. Die Regierung müsse mit ihren Verheißungen aufhören. Das Volk habe unter dem Versteckspiel und seinen Folgen genug gelitten. Die Lage sei deartig, daß alle Missionen aufgegeben werden müßten. Das wirtschaftliche Problem übertriffe heute alle andern an Bedeutung. Sumbert fordert höchste Anspannung aller wirtschaftlichen Kräfte Frankreichs, und erklärt, es sei unerträglich, daß der Generallstab die Entsendung von 5000 bis 6000 Bergarbeiter verweigert habe, so daß ein großer Teil der französischen Bergwerke nicht ausgenutzt werden könne. Man müsse sich fragen, wer heute das Land regiere. Zum Schluß erklärt Sumbert, daß der Staat nirgends organisiere, auch die private Initiative niemals ermutige, trotzdem so dringliche Aufgaben zu erfüllen seien; der wirtschaftliche Kampf sei ebenso ernst geworden wie der militärische.

#### Nachrichten aus Rußland.

Bern, 12. Mai. Matin meldet aus Petersburg: Die Zentral-Schiedsgerichtskammer von Petersburg hat den Mindestlohn für Arbeiter auf 12½ Frank täglich festgesetzt. Der neue Lohnstarif soll sofort in Kraft treten.

Bern, 13. Mai. Matin meldet aus Petersburg: Die vorläufige Regierung hat beschlossen, einen Ausschuss für Finanzreform zu bilden.

**Die deutschen und die österreichischen Tagesberichte vom 12. und 13. Mai befinden sich auf der 3. Seite.**  
**Der heutige deutsche Tagesbericht liegt bei Abschluß der Nummer noch nicht vor.**

### Die französischen Sozialisten und die Stockholmer Konferenz.

Es kriselt wieder einmal in der französischen Partei, und die Ursache der Erregung in den führenden Kreisen ist der immer deutlicher hervortretende Wille der Minderheit, auf jeden Fall nach Stockholm zu gehen, wie auch der Beschluß des Ende Mai zusammen tretenden Nationalrats ausfallen möge. Aus den Minderheitsorganen erfährt man jetzt, daß die Gruppe Renaudel zunächst gar nicht die Absicht hatte, die Partei selbst entscheiden zu lassen, ob man an der Stockholmer Konferenz teilnehmen wolle oder nicht. Sie hatte wahrscheinlich gedacht, daß die Mitgliedschaft sich mit dem Beschluß der Permanenten Verwaltungskommission zufriedengeben würde. Etwas Kerger und Schellen konnte man zur Not in den Kauf nehmen, aber wer konnte ahnen, daß die Minorität nicht mehr gewillt war, die mit sogenannter Majorität gefassten Entscheidungen zu befolgen und daß sie sogar den teuflischen Plan hatte, von den Föderationen einen außerordentlichen Kongress beantragen zu lassen. Der Populaire du Centre plaudert ein wenig aus der Schule, wenn er erzählt, wie die Dinge sich abspielten. Dem Antrag von wenigstens einem Viertel der Föderationen auf einen außerordentlichen Parteitag muß nach dem französischen Parteistatut entsprochen werden, und zwar innerhalb vierzehn Tagen. Als Longuet in der Sitzung der Verwaltungskommission darauf hinwies, gab es eine große Bewegung. „Brade setzte seinen Kneifer fester und zankte, Renaudel versuchte vergebens ein ausprobiertes Rezept aus seinem Kochbuch anzuwenden, Dubrenil übernahm schnell die Gefahr. Es mußte gesprungen werden. Er sprang, und zwar so weit wie möglich.“

Wenn man es nämlich darauf ankommen ließ, daß die Minderheit den Kongress beantrage, so hätte man ihn spätestens für den 6. Mai, also acht Tage vor dem ursprünglich vorgesehenen Termin der Stockholmer Zusammenkunft einberufen müssen. Dieser Gedanke war den Mehrheitskreisen unerträglich, und sie wählten den einzigen Ausweg, den es für sie noch gab: sie beriefen selbst eine Konferenz und setzten das Datum auf den 27. Mai fest. Hofften sie im Stillen, daß dann die vom Internationalen Bureau einberufene Konferenz bereits vorbei und wieder einmal ein Ausschub gewonnen sei? Jedoch auch dieser kleine Trost wurde zunichte, Longuet erbat und erreichte den Ausschub der internationalen Konferenz bis zum 10. Juni. Nun ist unter Rat teuer und der Kerger groß. In allem Ueberflusse organisierte das Komitee zur Verteidigung des Internationalen Sozialismus eine Besprechung der Minderheitsanhänger, die sich inzwischen für die Teilnahme an den Stockholmer Verhandlungen ausgesprochen hat.

Das war mehr als die Renaudel, Sembat, Thomas und Brade ertragen konnten. Sie beschlossen — da sie ja noch immer zwei Stimmen Mehrheit in der Verwaltungskommission haben — eine Warnungsnote an die Föderationen, um Gottes willen nicht die Minderheitsdiagnose zu besuchen. Das sei schon fast Parteipaltung, die Minderheit trete als fertige, beinahe autonome Organisation auf und es genüge nur eine Geste mehr, so erkläre sie sich als außerhalb der Partei stehend. (Wie vertraut das uns deutschen Sozialisten klingt!) Aber es hat nichts geflossen. Die Minderheit hat sich nicht beirren lassen, und bald werden wir ja genaues über ihre Tugungen erfahren.

Selbstverständlich hat sie das Für und Wider einer Besichtigung der Stockholmer Konferenz gründlich erwogen. Aber der Populaire du Centre weist alle Bedenken dagegen im voraus zurück. Werdet ihr nicht schließlich mit Scheidemann allein am Tisch sitzen, es wäre doch möglich, daß die deutsche Minderheit nicht nach Stockholm gehen will? so fragte man. Das Minderheitsblatt erklärt, das beste Mittel, sich darüber zu unterrichten, ist, daß wir hingehen. Schließlich sind die Holländer und Schweden auf jeden Fall da, sowie die Italiener und die Russen. Das sind sichere Garantien. Die deutsche Minderheit wird kommen, wenn sie weiß, daß wir dort sein werden. Und vor allen Dingen: wenn die französischen Sozialisten empfinden, daß die Konferenz nicht die nötigen Garantien bietet, so werden sie sich zurückziehen, wenn es nötig ist, mit Klar.“

Die Hauptsache ist, die französische Partei zu bestimmen, daß sie als solche Vertreter entsendet. Kann die Minderheit das nicht erreichen, bleibt sie dank der ungerichten Wahlmethoden wieder in der Minderheit — nun so wird sie von sich aus Delegierte nach Stockholm schicken.

Die Stimmung in der französischen Minderheit ist fest, und das ist nach dem anfänglichen Schwanken ganz besonders zu begrüßen. Wir glauben nicht, daß die Mehrheit es zur Spaltung treiben wird. Bleibt sie aber doch der deutschen „Mehrheit“ in dieser Beziehung nachzusehen zu müssen, so wird die Minderheit sich eben fester und geschlossener noch organisieren. Die Wiederaufnahme der internationalen Beziehungen ist die Hauptforderung, um die sich die verschiedenen Schattierungen von Longuet bis zu den Kienthalern gruppieren. Davon kann sie nicht abweichen. Hier gibt es kein Zurück.

Vor dem Vorschlagsausschuss des Arbeiter- und Soldatenrats hielt der französische Munitionsdirektor Albert Thomas, der den französischen Mehrheitssozialisten angehört, eine zweiundneunzigteilstündige Rede, die sich mit der gegenwärtigen Lage der Kriegspolitik und des internationalen Sozialismus befaßte. Aus dem Bericht der Petersburger Telegraphen-Agentur entnehmen wir die folgende Stelle:

Der französische Minister tabelte die deutschen Mehrheitssozialisten und verworf die Stockholmer Konferenz, die ohne vorherige Auffstellung der gemeinsamen Grundsätze einberufen worden sei. Er erkannte aber an, daß es wünschenswert ist, daß die sozialistischen Parteien aller Länder klar ihre Grundsätze formulieren. Immerhin dürfte diese Bemühung nicht die Gelegenheit zu einer neuen deutschen Initiative geben. Thomas erinnerte an die Ränke der deutschen Sozialisten während des Krieges, und fuhr fort: Nach dem Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg und nach der russischen Revolution können die Sozialisten des Westens nur in eine Durchsetzung der demokratischen Kriegsziele billigen, wenn sie die Sicherheit einer kräftigen Kriegsführung haben, denn die Kriegsziele der internationalen Demokraten werden niemals vom preussischen Militarismus anerkannt werden. Um die demokratischen Gedanken zu verwirklichen, muß Deutschland durch die Beihilfe aller besiegt werden.

In dem Bericht heißt es, daß diese Ausführungen mit Interesse, ja sogar mit zunehmender Sympathie aufgenommen wurden. Dornin sich diese Sympathie geäußert habe, wird nicht berichtet. Ueber die Tätigkeit, die jetzt in Stockholm entfaltet wird, um die internationale sozialistische Konferenz unter Teilnahme aller Richtungen in den verschiedenen Ländern zu ermöglichen, werden täglich Nachrichten verschickt, die nicht immer unbedingt zuverlässig sind. Von Wichtigkeit ist heute die folgende Meldung des Stockholmer Socialdemokraten:

Sonabendnachmittags versammelte sich das skandinavische Sozialistenkomitee, vertreten durch Branting von der schwedischen Partei und Sekretär Gustav Müller und Söderberg. Als Gäste waren geladen die Belgier Vandervelde und Hundsmans, die Holländer Troelstra, van Kol, der Russe Rubanowitsch und der Däne Vorberg. Es wurde wegen der Einleitung der Friedenskonferenz verhandelt. Vandervelde erklärte, er unterstütze die Friedenskonferenz und wolle versuchen, die französischen und englischen Sozialisten zur Teilnahme zu bewegen. Vorberg erstattete einen längeren Bericht über seine Reise nach Rußland und die Verhandlungen mit dem Arbeiter- und Soldatenrat, der mit allgemeinem Beifall aufgenommen wurde. Man erhofft eine Verständigung auf der von Rußland und von dem skandinavischen Komitee geplanten Konferenz. Vandervelde erklärte, das Internationale Soaager Bureau sei nach der Lage der Dinge außerstande, die Konferenz einzuberufen, weshalb er es mit Freunden dem skandinavischen Komitee überlasse. Das Mißverhältnis zwischen Branting und Vorberg wurde durch Meinungsaustrausch aufgeklärt und damit erledigt. Die Konferenz setzte am Sonntagnachmittags ihre Beratungen fort.

Nach einer Meldung aus Stockholm soll Genosse Franz Mehring in einem Brief an Tschidje erklärt haben, daß die Gruppe der Internationalen es ablehne, an einer Besprechung teilzunehmen, an der die Mehrheit der deutschen Sozialdemokratie vertreten sei. Die Meldung ist in dieser Form recht unklar.

Nach der Meldung eines bürgerlichen Blattes in Stockholm hat Genosse Robert Grimm aus Bern die Einladung zu einem dritten internationalen Kongress der sogenannten Zimmerwald'er versandt. Der Kongress soll am 31. Mai in Stockholm stattfinden und sich mit der Erörterung der Friedensprobleme und der Friedensarbeit beschäftigen.

Im deutschen Reichstag hat der Vorsitzende der unabhängigen sozialdemokratischen Fraktion, Genosse Gause, eine kurze Anfrage eingebracht, weshalb den Vertretern der unabhängigen sozialdemokratischen Partei die Pässe zur Teilnahme an der internationalen Konferenz in Stockholm verweigert worden sind.